

POLITIKERKORRUPTION IM ALLTAG

Traumjobs für Gefälligkeiten

Am 8. Juli beschloss der österreichische Nationalrat ein neues Antikorruptionsgesetz. Klargestellt wurde damit vor allem eines: Neben den als illegal definierten Formen von Korruption existiert ein breites Feld an höchst legalen Formen der Einflussnahme in Politik und Wirtschaft.

Lange musste der ehemalige deutsche Kanzler Gerhard Schröder (SPD) nach seinem Abgang nicht auf einen Job warten. Im Dezember 2005, wenige Tage nach seiner Ablöse durch Angela Merkel, unterzeichnete er einen Vertrag als Aufsichtsratsvorsitzender der Nordeuropäischen Gaspipelinegesellschaft (NEGPC). Die NEGPC, deren Mehrheitseigentümer der russische Gazprom-Konzern ist, lässt sich die Dienste Schröders deutschen Medienberichten

zufolge seither mehr als eine Million Euro pro Jahr kosten.

Millionen für Schröder

Verdient hatte sich Schröder sein exorbitantes Salär allemal. Bereits im September 2005, nur wenige Tage vor den Neuwahlen zum deutschen Bundestag, wurde der sechs Milliarden Dollar schwere Vertrag zum Bau der Ostseepipeline unter der Schirmherrschaft Schröders unterzeichnet. Und unmittelbar vor Schröders Rücktritt besiegelte die deutsche Bundesregierung eine Bürgschaft über eine Milliarde Euro für einen Teil der Pipeline. Seither fragen sich viele: Bürgte der deutsche Steuerzahler damit nicht eher für Schröders Ausgedinge denn für die Gazprom? Der Schluss liegt nahe, auch wenn sich Jobabsprachen zwischen Gazprom und Schröder während dessen Amtszeit nicht erhärten haben lassen.

Politik im Interesse der Konzerne

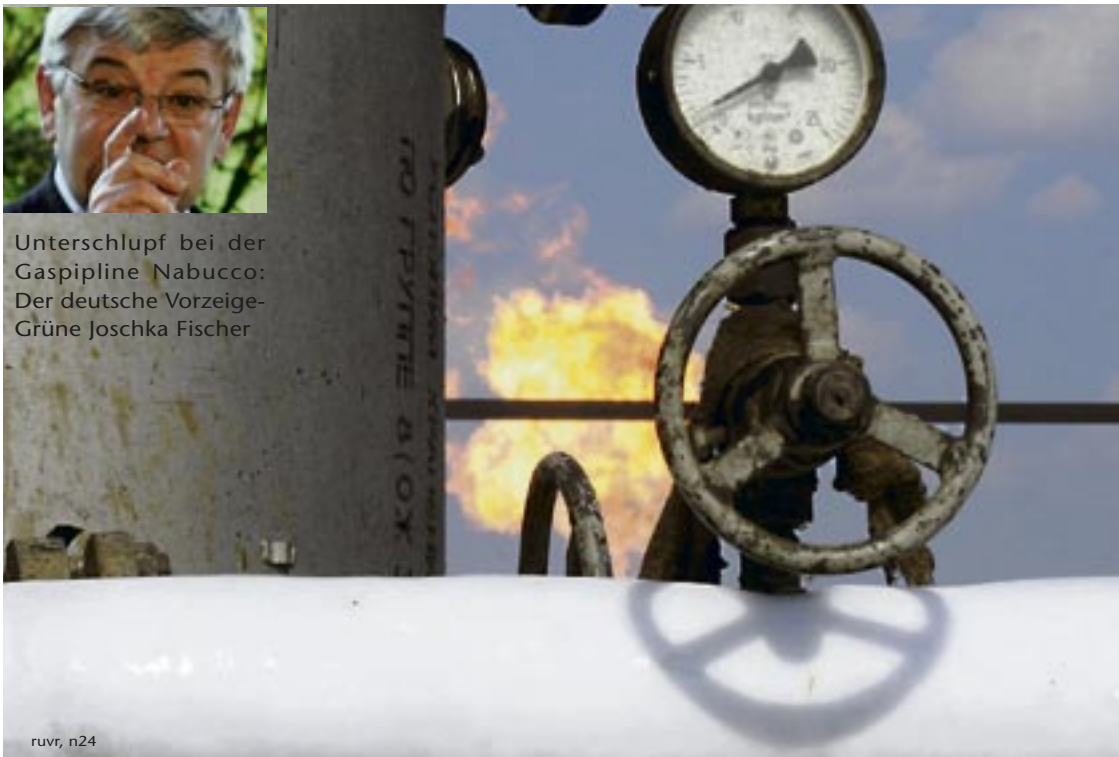
Dennoch, das Beispiel Schröder ist in zweierlei Hinsicht beispielhaft. Zum einen zeigt es, in welchem Ausmaß die herrschende politische Klasse mittlerweile die Interessen der Großkonzerne bedient. Und zum anderen, wie profitabel der Einsatz für deren Interesse dem einzelnen politischen Akteur kommen kann.

Eine Erfahrung, die auch Politiker/innen der Grünen nicht mehr missen wollen. Wer da annahm, deren Proponent/inn/en würden sich in der Pension vornehmlich im Vertrieb von Photovoltaikanlagen betätigen und natürliche Formen des Kompostierens erproben, wurde enttäuscht. Der ehemalige deutsche Unterstaatssekretär Rezzo Schlauch etwa steht bezeichnenderweise beim Atomstromkonzern EnBW unter Vertrag. Und Joschka Fischer

betreibt für ein sechsstelliges Jahresgehalt Lobbying für das Gaspipelineprojekt Nabucco. Ganz ähnlich stellt sich die Situation im Übrigen in Österreich dar (siehe Seite 8).

Gekaufte Politik

Rechtlich freilich sind derlei Praktiken „vollkommen in Ordnung“. Dafür sorgt in Österreich nicht zuletzt das jüngst beschlossene Antikorruptionsgesetz. Die hierin – erstmals auch für Nationalratsabgeordnete – festgelegten Unvereinbarkeitsbestimmungen tasten eines nämlich nicht an: die enge Verflechtung zwischen den großen Konzernen des Landes und der politischen Elite. Es stellt sich die Frage: was, wenn nicht die Vertretung von Konzerninteressen ist unvereinbarer mit dem Dienst an der Gesellschaft und denjenigen, die sie tragen – den Arbeiterinnen, Arbeitern und Angestellten?



Unterschlupf bei der Gaspipeline Nabucco: Der deutsche Vorzeigegrüne Joschka Fischer

POLITISCHE KLASSE

Politikerinnen und Politiker erhalten ihr Geld vom Staat zur Umsetzung der Interessen der Reichen und Mächtigen. Gleichzeitig können sie über die Höhe ihrer Einkommen selbst entscheiden. Kein Wunder, dass sie Bescheidenheit bei ihren Einkommen oft aus den Augen verlieren.

RAT UND HILFE Mieterschutzverband
Steiermark

Sparbersbachgasse 61

Tel. 0316 / 38 48 30

Sprechstunden – Bitte

um tel. Voranmeldung!

Mittwoch 14.30 – 19.00 Uhr

Freitag 9.00 – 11.30 Uhr

www.mieterschutzverband.at